



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

-γ-: Böhmen : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

eigenen Zuchtlosigkeit sein werden, können sie in der polnischen Geschichte nachlesen, die gerade in bezug auf die orientalische Frage sehr beachtenswerte Analogien mit der Ungarns aufweist.



Böhmen

(Schluß)



er Episode mit der Königinhofer Handschrift ist darum ausführlicher gedacht worden, weil sie typisch für die gesamte neu-literarische Bewegung der Tschechen ist. Ihre leitenden Gedanken dabei sind der Deutschenhaß und die Sucht, die Rolle einer großen Nation zu spielen, zu der sie doch nun einmal vom Geschick nicht bestimmt sind, und zu der sie es auch nie bringen können. Sie hatten wohl die Größe und die Wirkung der deutschen Literatur und Kunst vor Augen, als sie eine eigne schaffen wollten, wobei sie ja sehr Anerkennenswertes geleistet haben. Aber ihr Weg ist ganz unähnlich dem großen Zuge, den einst die deutsche Blüte der Kunst und der Wissenschaft genommen hat. Es handelt sich um den modernen Versuch, den die nationale Anspannung des verflochtenen Jahrhunderts auch in andern kleinen Nationen angeregt hat, sich aus Patriotismus, also aus dem Bedürfnis eines nationalen Fortschritts, eine tendenziöse Literatur großzuziehen. Was dort die nicht bewußt erreichte Wirkung war, soll hier der Anfang sein. So dient Kunst und Poesie von vornherein der Politik, sie wird zum großen Teil künstlich gepflegt und gepriesen, der wissenschaftliche und der künstlerische Wert der einzelnen Leistungen gilt in vielen Fällen geringer als der politische Zweck. Die Wirkung, die zum Teil vorausgenommen wird, kann nicht dieselbe sein, wie dort, auch kann die größte Regsamkeit, sogar der angespannteste Fanatismus einer kleinen Nation höchstens vorübergehend leisten, was der großen bei ungestörter Entwicklung aus der innern Fülle von selbst kam. Wohl kann in den äußern Erscheinungen durch unverdrossene Selbstaufopferung manches erreicht werden, was die eignen Kreise und auch nächstehende, vielleicht den kleinmütigen Gegner sogar täuscht, aber die Treibhauspflanze wird nie die wahre Volkskraft der Natur erreichen, nicht weiter fruchtbringende Samen tragen. Es nützt ihnen nichts, die große Weltbrücke leugnen zu wollen, auf denen allen Slaven die Weltsprache des Mittelalters, das Latein, der Glaube des gekreuzigten Christus, alle Wissenschaft, Verkehrsrecht und Kriegführung, Landwirtschaft und Bergbau, Kunst und Handwerk aus deutschen Landen zugegangen ist, und dafür kleine slawische Stege zu zimmern, über die das alles gegangen sein soll. Mit Hankas literarischem Betrüge und Palackys böhmischer Geschichtschreibung, die arglos dessen vermeintlichen Funde verwertete, begann das Tschechentum leise die Fahne zu entfalten. Vorher schien die tschechische Sprache fast erloschen zu sein, der durchaus tschechisch gesinnte Franz Pelzel, der 1774 das für lange Zeit beste Handbuch der böhmischen Geschichte herausgab, sagt darin: „Die tschechische Sprache ist jetzt nur unter einem Teile der Bürger-

schaft, unter dem Böbel und unter den Ackerleuten im Gange," und in einer Abhandlung der Gesellschaft der Wissenschaften: „Die tschechische Sprache wird allmählich aus dem Lande verschwinden, und Böhmen das Schicksal von Meissen, Brandenburg oder Schlefien teilen, und von der tschechischen Sprache nichts als die Namen der Städte, Dörfer, Flüsse übrig bleiben.“ Tatsächlich war noch in den vierziger Jahren das ganze Königreich Böhmen nahezu vollständig deutsch, und es gab dort auch keinen nur halbwegs gebildeten Bewohner, der sich nicht vorzugsweise der deutschen Sprache bedient hätte. Tschechisch wurde nur in entlegnen Ortschaften in einem verkommenen Idiom gesprochen. Vor dem Jahre 1840 konnten auch auf dem Lande die alten Leute noch alle deutsch sprechen, die jungen schon weniger, auf den Kirchhöfen wurden bis dahin nur deutsche Inschriften angebracht, tschechische tauchen erst nach diesem Zeitpunkte auf.

So war bis gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts das tschechische Nationalgefühl nur ein unter der Asche glimmendes Fünkchen, das dann, künstlich angeblasen, im Jahre 1848 zu einer verzehrenden Flamme aufloderte. Nach dem Slawenkongreß wurde die tschechische Partei, die im Grunde dem Kaiserhause noch ergeben war, von eingedrungenen Anarchisten zum Aufstand getrieben, verlangte am 10. Juni die Entfernung des Fürsten von Windischgrätz von dem Kommando in Prag und schritt zwei Tage darauf zur Revolution. Der Fürst eilte auf die mit Barrikaden bedeckte Straße, man feuerte auf ihn und erschoss seine ihm aus dem Fenster nachschauende Gemahlin, aber er verlor seine soldatische Ruhe nicht, schlug die Insurgenten überall zurück und machte zwei Tage darauf vom Gradschin aus durch Androhung des Bombardements dem Aufruhr in der Stadt ein definitives Ende. Es war ein Glück für die Tschechen, daß Fürst Windischgrätz zugleich auch böhmischer Großgrundbesitzer war, denn obgleich ihm der Kampf sehr teuer zu stehen gekommen war — auch einer seiner Söhne war tödlich verwundet worden —, verfuhr er doch sehr glimpflich und nahm sogar seinen Hauptgegner Palacky in Schutz.

Woher das plötzliche Aufflammen des tschechischen Nationalismus gekommen war, erschien sogar den deutschen Freunden der Tschechen ziemlich unerklärlich. Man kann aus den Lebenserinnerungen von Alfred Meißner ersehen, wie die Deutschen in Prag, wie auch Meißner selbst, vorher ganz naiv die tschechischen Nationalhelden mitgefeiert hatten und eines schönen Tags ganz überrascht waren, plötzlich in Leuten, mit denen sie jahrelang freundschaftlich verkehrt hatten, erbitterte Feinde zu sehen. Es ist ja der alte Fehler des deutschen Liberalismus gewesen, daß er immer einen kosmopolitischen Anstrich hatte, und daß bei ihm die nationale Ader zu wenig entwickelt war. In dem Wahne befangen, der auch trotz der lehrreichen Erfahrungen des letzten halben Jahrhunderts noch nicht ganz geschwunden ist, daß eine „freie“ Staatsform alle Völkerschaften friedlich und glücklich machen müsse, überfah man ganz, daß die scheinbar verwandten Bestrebungen der benachbarten Volksstämme ein ausgesprochen deutschfeindliches Gesicht hatten. Man half liebevoll den Tschechen ihre Nationalhelden, die alle Feinde der Deutschen gewesen waren, aus dem Schutte der Geschichte ausgraben und zu großen weltgeschichtlichen Persönlich-

keiten aufputzen; Anastasius Grün dichtete slowenische Lieder, und daß man alle polnischen Revolutionäre — nicht bloß die für ihr erträumtes Glück starben, sondern auch die gewerbetreibenden — über die Maßen feierte, gehörte zum stehenden Repertoire des Liberalismus. Daß der preußische Verfassungskonflikt darum so erbittert wurde, weil Bismarck nicht dazu zu bringen war, den polnischen Aufstand zu unterstützen, ist noch in aller Erinnerung. Nun, heute hat man die Bescherung.

Also, die Tschechen waren seit 1848 wieder da und sahen gar nicht danach aus, als ob sie bald wieder in ihr früheres Nichts zurücksinken würden. Es geschah ihnen auch nichts, denn Österreich hatte in Ungarn und Italien schwer um seinen Bestand zu kämpfen und mußte froh sein, daß sie wieder eine loyale Wiener annahmen und den Krensfierer Reichstag beschieden. In dem Verfassungsausschuß, worin dort die österreichischen Völker zum erstenmal einander gegenübertraten, erhob sich sofort der Streit um den historisch gewordenen Landesverband und um die nach der ethnischen Siedelung abgegrenzten Provinzen mit der Zweiteilung von Böhmen, Steiermark, Galizien und Tirol. Damals waren die Tschechen noch bescheiden und traten für die nationale Abgrenzung der Provinzen und die Zweiteilung ein, die Deutschen blieben bei der historischen Provinzialeinteilung des Staates. So waren die Deutschen gewissermaßen die Vorkämpfer des historischen Staatsrechts, Palacky und Krieger waren dagegen die Wortführer des Rechts der Nationalitäten auf ein eignes nahezu staatliches Dasein. Auch das Kurienwesen wurde zuerst von den Tschechen vertreten. In dem heute vergessenen Krensfierer Verfassungsentwurf wurde schließlich ein Kompromiß zwischen der ethnischen und der historischen Richtung von allen Nationen einstimmig angenommen, der dahin ging, daß die historische Provinzialeinteilung beibehalten werden solle, doch die großen Provinzen in mehrere möglichst national gesonderte Kreise zu teilen seien, denen eine nahezu provinzielle Selbstverwaltung gewährt werden sollte.

Der Krensfierer Reichstag und sein Wert verschwanden bei der hereinbrechenden Reaktion spurlos, aber es mutet heute, nachdem mancherlei Verfassungsexperimente, Dualismus und Parlamentswirren über Österreich hingerauscht sind, sonderbar an, daß genau dieselben Fragen der Länderautonomie, nationaler Zweiteilung, Kurien zc. wieder zum Brennpunkt der innern Friedensbestrebungen geworden sind wie damals, als die Völker Österreichs zum erstenmal berufen worden waren, ihre Meinung über die zukünftige Gestaltung des Staates zu äußern. Aber damals vertraten die Tschechen die Zweiteilung und das Kurienwesen, heute tut das die Mehrzahl der Deutschen, und es ist keineswegs eine Inkonsequenz in der Auffassung der österreichischen Politik oder mangelnde Voraussicht bei den Deutschösterreichern, wenn jetzt der Standpunkt zwischen ihnen und den Tschechen vollkommen gewechselt erscheint, man hat einfach eine Folge des geänderten Machtgefühls vor sich. Damals fühlten sich die Tschechen schwach, heute ist den Deutschösterreichern, gerade je mehr sie sich in ihren lautesten Schreieren mit ihren Vorfahren, die Österreich gründeten, und den Siegern, die „die Wacht am Rhein“ wirklich schlugen, gleichstellen möchten, im Innern das Machtgefühl vollkommen geschwunden. Das Territorialprinzip

ist der Ausdruck der Herrschaft, nicht der Gleichberechtigung, es schafft gerade die nationalen Minoritäten und vergewaltigt sie, ist also die dauernde Grundlage des Nationalitätenkampfes, die Länder zerreißen die Nationen, und es ist darum kein Wunder, daß die Nationen die Länder zerreißen wollen. Anhänger der Länderautonomie sind darum auch nur die Nationen in Österreich, die die Macht im Kronland in der Hand oder die Überzeugung im Herzen haben, daß sie die Minorität unterdrücken und ihres Volkstums entkleiden werden.

Wie den Deutschösterreichern, und mit ihnen für unsre besondere Betrachtung den Deutschböhmern, das Machtgefühl abhanden kam, soll in kurzen Zügen gezeigt werden. Die Ursachen ergaben sich teils aus der äußern, teils aus der innern Politik der Monarchie. Das auf ängstlicher Zurückhaltung aller Regungen der Volksseele berechnete Metternichsche Verfahren der innern Politik brach 1848 zusammen, das der äußern in den nächsten achtzehn Jahren. Der Gedanke, als Reich der Westslawen ein Gegengewicht gegen das ostslawische Rußland zu bilden, ein Protektorat als Präsident des Deutschen Bundes über Deutschland direkt und über Italien durch verwandte Fürstenhäuser und den Papst indirekt auszuüben, war an sich großartig und schien die Möglichkeit der Entwicklung nach drei Richtungen zu gewähren, konnte aber nur durch äußerste Entfaltung und Anspannung der eignen Kräfte nutzbar gemacht werden. Da diese ausblieb, mußte das großgedachte Programm einen rein defensiven Charakter erhalten und konnte, wie alle rein defensiven Stellungen, nur zu Verlusten führen. Der erste trat 1859 in Italien ein, worauf eine Politik eingeschlagen wurde, die darauf hinauslief, sich durch die Wiedergewinnung der ausschlaggebenden Stellung in Deutschland schadlos zu halten. Die Frage schien sehr günstig zu liegen, die Unzufriedenheit mit den deutschen Bundesverhältnissen war allgemein, alle Welt hüben und drüben war darin einig, die preußische Regierung zu hassen und Preußen zu verachten und zu unterschätzen. Alles ging ganz gut bis zum Fürstentage in Frankfurt, auf dem Kaiser Franz Joseph geradezu gefeiert wurde, aber Einer fehlte, und das war der König von Preußen. Die Fürsten der Mittel- und der Kleinstaaten zeigten auch nicht die geringste Neigung, von ihrer Souveränität, bei der sie sich ganz gut standen, das geringste für das Kaisertum zu opfern. So ging es auf diesem Wege nicht, und man unternahm mit Preußen und ohne den Deutschen Bund den Feldzug gegen Dänemark, der Schleswig-Holstein befreite, aber schließlich zur Auflösung des Deutschen Bundes führen mußte, wobei zunächst Bismarcks überlegene Staatskunst alle diplomatischen Vorteile und dann das geschmähte Volk in Waffen, die preußische Armee, auch alle militärischen Erfolge für Preußen errang, sodaß Österreich aus Deutschland ausscheiden mußte. Die Deutschösterreicher hatten diese deutsche Politik mit Begeisterung mitgemacht, umso mehr, als zu derselben Zeit der Versuch unternommen wurde, unter Schmerling eine ganz den Traditionen des deutschen Liberalismus entsprechende Verfassung durchzuführen; von einer Berücksichtigung der andern Nationen war weniger die Rede als in Kremier, man schwamm in der Hoffnung auf die Beglückung Aller durch eine liberale Verfassung. Das Experiment scheiterte an dem Widerstande der Nationalitäten, und am 27. Juli 1865 schloß Belcredi den Reichstag und sistierte die Verfassung.

Um den Widerstand der Magyaren zu brechen, hielt man es für zweckmäßig, ihrem Pochen auf die ungarische Verfassung, die durch die Revolution nicht verwirkt sei, das von Palacky neu erfundene böhmische Staatsrecht, das durch die Schlacht am Weißen Berge ebenfalls nicht erloschen sei, gegenüberzustellen. Belcredi teilte übrigens vollkommen die politischen Anschauungen der Tschechen, und wenn man in Betracht zieht, daß seine Berufung an die Spitze des Ministeriums in die entscheidungsvolle Zeit fällt, wo die kriegerische Auseinandersetzung mit Preußen drohte, die erst durch den Gasteiner Vertrag (16. August) auf ein Jahr vertagt wurde, so fällt noch ein andres Licht auf die unvermittelte Heranziehung der Tschechen. Es bestand noch 1866 die Absicht, Schlesien wieder von Preußen abzureißen, und da Schlesien früher zu Böhmen gehört hatte, so tauchte das Phantom der heiligen Wenzelskrone aus den Träumereien der Tschechen plötzlich an das Licht hervor, das einen Anspruch des Königs von Böhmen an Schlesien begründen sollte. Diese erste offizielle Billigung, wenn nicht Anerkennung der tschechischen Bestrebungen ist von verhängnisvollen Folgen für die habsburgische Monarchie gewesen, denn seit dieser Zeit haben die Tschechen eine amtliche Beglaubigung für ihr „Staatsrecht,“ und es hängt bloß noch von den Umständen ab, ob sie auch die Macht erreichen, es durchzusetzen. Daß Belcredi den Tschechen schmeichelte und die Deutschen vernachlässigte, verstand sich von selbst. Schon am 18. Januar 1866 erließ er eine Sprachenverordnung, die die deutschen Kinder in Böhmen zwang, Tschechisch in den Schulen zu lernen, an der Universität Prag sollte nicht mehr bloß Deutsch, sondern auch Tschechisch gelehrt werden, und Rieger stellte darum auch schon am 29. März im Prager Landtag den Antrag auf vollständige Tschechisierung der Universität. Aber die ganze neue tschechische Herrlichkeit zerstob bei dem Donner der Kanonen von Königgrätz. Die Aussicht auf Schlesien war zerronnen, und damit auch der Zauber der Wenzelskrone. Man kehrte einfach zum „System Schmerling,“ natürlich mit andern Männern, zurück.

Graf Beust war zum Ministerpräsidenten berufen worden, daß er die Revanche für 1866 durchführe. Zu diesem Zwecke wurde der Ausgleich mit Ungarn geschlossen, eine Versöhnung mit den slawischen Nationen im Auge behalten; durch die Politik des Liberalismus, der Vorurteilslosigkeit sollten die notwendigen moralischen Sympathien erobert werden. Man betrachtete in der Tat das Hinausdrängen Oesterreichs aus Deutschland als eine dauernde Gefahr für den Bestand der Monarchie. Die Deutschösterreicher empfanden ebenso und fühlten sich befriedigt, als man ihren Liberalismus gewähren ließ. Auf der alten Schmerling'schen Grundlage wurden mit Berücksichtigung der Zerteilung der Monarchie die neuen Staatsgrundgesetze aufgebaut. Man bezeichnet sie fälschlicherweise als eine zentralistische Verfassung. Das ist sie wohl der äußern Form nach, aber dazu fehlen ihr die staatsmännisch klaren Umrisse und jede politische Voraussicht; sie ist nichts als die phrasenhafte Übertragung der liberalen Theorie der vierziger Jahre, nach der alle Welt durch eine freiheitliche Verfassung von selber glücklich werden müsse, auf die damals bestehenden innern politischen und Verwaltungsverhältnisse „der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ mit der deutlich erkennbaren Absicht, die ungemein praktisch

angelegte Verfassung des Norddeutschen Bundes und auch Preußen an Liberalismus zu übertrumpfen. Das stimmte ganz gut mit der allgemein gehegten Revancheidee für 1866. Es möge nur ein Beispiel herangezogen werden. Der berühmt gewordne Artikel 19 der Staatsgrundgesetze lautet: „Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schulen, Amt und öffentlichem Leben ist vom Staate anerkannt.“ Was ist Gleichberechtigung? Die Gleichberechtigung ist ein rein negativer Grundsatz, der ebensogut gleiche Freiheit wie gleiche Knechtschaft bedeuten kann und über die Natur nationaler Rechte gar nichts sagt. Kann die ruthenische oder die slowenische Sprache mit der deutschen Welt- und Kultursprache jemals gleichberechtigt sein oder werden? In absehbarer Zeit gewiß nicht. Man vermag sich nur einen Fall wirklich folgerichtiger Durchführung des § 19 vorzustellen, etwa wenn Rußland Österreich annektierte: dann würde natürlich Russisch die Staatssprache, und alle in Österreich „landesüblichen Sprachen“ würden gleichberechtigt sein.

Die an sich nur wohlmeinenden, aber durchweg in privatrechtlichen Anschauungen befangnen Schöpfer solcher Bestimmungen hatten auch in zahlreichen Fällen das sichere Gefühl, daß die unbestimmten Ausdrücke aus der liberalen Phraseologie nicht ausreichen würden, und sie versuchten, durch kleine, oft advokatorische Bestimmungen den Slawen Hindernisse in den Weg zu legen. Verhängnisvoll ist von diesen Kniffen die Bestimmung geworden, nach der an Mittelschulen nur eine Landessprache obligater Unterrichtsgegenstand sein soll. Da man schon Galizien an die Polen ausgeliefert hatte, so waren diese damit einverstanden, und die Spitze richtete sich allein gegen die Tschechen, denen man damit die Beamtenkarriere zu erschweren, im übrigen das deutsche Mittelschulwesen zu heben hoffte. Der Zweck wurde ungefähr erreicht, solange sich die Deutschen in der Regierung erhielten. Aber seit 1879, wo man das letzte deutsche Ministerium unmöglich gemacht hatte, ist gerade diese Bestimmung eine der Hauptursachen der tschechischen Beamteneinwanderung in deutsche Bezirke geworden, denn der tschechische Beamte kann Deutsch, wenn auch häufig nur dürftig, er muß es lernen, wenn er fortkommen will; dann ist er aber auch überall verwendbar, während der Deutsche nur in seltenen Fällen Tschechisch kann und darum nur im ungemischten Sprachgebiet zu gebrauchen ist. Nun ist unter den Deutschösterreichern die Erkenntnis schon weit verbreitet, daß die Deutschen zur Erhaltung ihrer Stellung die zweite Landessprache erlernen müssen, daß man auch in den Geist dieser Sprache eindringen müsse, wenn man sie richtig erlernen will, daß man sich ihm aber nicht hinzugeben braucht; aber der Verwirklichung steht gerade die erwähnte Schulgesetzgebung entgegen, wonach die zweite Landessprache kein obligater Lehrgegenstand ist. So lange aber die tschechische Sprache an deutschböhmischem Mittelschulen nicht Zwangsfach und Prüfungsgegenstand ist, wird die deutsche Jugend darin immer wenig leisten, der Nachteil für die deutschen Beamten bleibt also bestehn. Dieselben Erfahrungen hatten vor dreißig Jahren schon tschechische Städte an ihren Mittelschulen mit dem Deutschen gemacht. Einige wollten damals, daß ihre Schüler Deutsch lernen sollten, aber sie konnten bei dem deutschen Unterrichtsminister Stremayr nicht durchsetzen, daß Deutsch bei ihnen obligat würde, weil er es

nach den Bestimmungen des Mittelschulgesetzes nicht bewilligen konnte. Es mag an diesen Beispielen genug sein.

In dem Beglückungsrausch der Verfassungsära vergaßen die damals fast allein ausschlaggebenden Deutschen die Bedeutung der nationalen Angelegenheiten vollkommen, auch an die Sicherung der eignen Nation und Sprache dachten sie nicht, in ihrem Sinne verstand sich das alles von selbst. Nun liegt auf der Hand, daß man auch damals nicht direkt damit kommen durfte, etwa an die Spitze der Staatsgrundgesetze mit Lapidarbuchstaben zu schreiben: Die deutsche Sprache ist Staatsprache. Das war auch gar nicht nötig, denn noch galt in dieser Beziehung so vieles als hergebracht und selbstverständlich, was heutzutage gerade infolge der unbestimmten liberalen Phrasen der Staatsgrundgesetze mit dem Anschein vollen formalen Rechts streitig geworden ist. Man hätte aber mit ganz unverfänglichen Bestimmungen, deren zukünftige Abänderung noch ausdrücklich der Gesetzgebung vorbehalten werden konnte, damals die deutsche Sprache als oberste Amtssprache und als offizielle Sprache des Parlaments zu sichern vermocht. Eine Zweidrittelmehrheit zur Abänderung dieser Bestimmungen im deutschfeindlichen Sinne hätten alle Gegner des Deutschtums niemals zustande gebracht, während es heute auch dem festesten Willen der stärksten Regierung unmöglich sein würde, eine Zweidrittelmehrheit zugunsten der deutschen Sprache zusammenzubringen. Man hätte jedenfalls dem vorbeugen können, daß heute im Abgeordnetenhaus jeder Tschechischradikale oder Kroat seine Rede, um die „verfassungsmäßige Gleichberechtigung“ zu wahren, mit einigen slawischen Sätzen beginnt, um dann in gutem Deutsch vorzubringen, was er eigentlich sagen will. Man hätte ebenfalls vermieden, daß in dem Kuhhandel über die Amtssprache in Böhmen die ganz unpolitische Weise in den Streit geworfne Staatsprache mit der tschechischen Amtssprache gewissermaßen auf gleichem Niveau behandelt wird. Die deutsche Staatsprache ist allerdings eine Ehrensache für die Deutschösterreicher, aber sie ist zunächst eine Angelegenheit des Staates. Mag sich doch die Regierung bei den heutigen Kultur- und Verkehrsverhältnissen, sowie bei den breiten geschlossenen deutschen Sprachgebieten eine andre Staatsprache suchen, wenn sie kann! Es ist aber ein Fehler der Deutschösterreicher gewesen, immer dann aus „Prinzip“ oder irgend welchem Grunde Forderungen aufzustellen, wenn sie gerade beim besten Willen nicht durchgesetzt werden konnten, und danach nicht nur nichts darin zu finden, sich in die Rolle gedemütigter Schreier versetzt zu sehen, sondern auch wirklich zu schreien, und wenn es der Mangel an gesellschaftlichen Formen erlaubt, sogar zu schimpfen. Daß solche Art und Weise ebenfalls zur Vernichtung des Machtgefühls führen muß, liegt auf der Hand. Der Machtbewußte arbeitet ruhig, der Ohnmächtige schreit.

In der ganzen sogenannten liberalen Ära betrachteten die Deutschen das eigne Volkstum höchstens als Vasallen des liberalen Gedankens, nur einmal schlug das deutsche Nationalgefühl bei ihnen mächtig durch, das war in den Tagen der Entscheidung und der großen Siege von 1870/71. Da brausten alle auf, die Überzeugung, daß es sich um einen Existenzkampf des Deutschtums handelte, beherrschte ganz Deutschösterreich, die Erinnerung an 1866 erlosch darum, weil das Slaventum ringsum die Revanche jetzt von den Franzosen

ersehnte. Man zitterte, man jubelte endlich mit den Deutschen. Dieser Bewegung gegenüber war eine Teilnahme Österreichs am Kriege unmöglich, um so mehr, als es den Ungarn nicht einfiel, dafür die erwarteten Opfer zu bringen, und die Verhandlungen zwischen Österreich, Frankreich und Italien über einen Koalitionskrieg gegen Preußen, die in den Jahren 1868 und 1869 eifrig betrieben worden waren, infolge der Saumseligkeit des kranken Napoleons, der vom Ausbruch des Krieges selbst überrascht wurde, seit einem Jahre stockten und erst dann wieder aufgenommen wurden, als sich die französische Armee schon auf Metz rückwärts konzentrierte. Die vereitelte Hoffnung in slavischen und militärischen Kreisen wandte sich gegen die Deutschösterreicher. Hatte schon Metternich vor dem „Jakobinismus“ der preußischen Landwehr Besorgnisse gehabt, so schien jetzt bei der allgemeinen deutschen Begeisterung, in der sogar aus Süddeutschland der Ruf nach dem deutschen Kaiser dringender schallte als im kühleren Norden, von der deutschen nationalen Bewegung in Österreich Arges zu befürchten zu sein. Man beschloß, ihr durch ein Ministerium Hohenwart einen Dämpfer aufzusetzen. Dieses Wiederauftauchen der Belcredischen Idee mußte eine Episode bleiben, da die damaligen Voraussetzungen endgiltig geschwunden waren; bemerkenswert bleibt sie bloß durch die Art und Weise, mit der man wieder die Tschechen benutzte.

Alljährlich wird noch jetzt in tschechischen Kreisen die Erinnerung an den 12. September 1871 begangen, wo das Reskript an den böhmischen Landtag erging, das „die Rechte des Königreichs Böhmen“ anerkennt und worin die Geneigtheit ausgesprochen wurde, diese Anerkennung durch den Krönungsseid zu besiegeln. Auch diese Herrlichkeit dauerte nur sieben Wochen; am 30. Oktober hatte die Episode Hohenwart ein Ende, und der böhmische Landtag wurde durch ein zweites Reskript auf die Reichsverfassung verwiesen. Die Tschechen könnten daraus, wie aus der Geschichte der ihnen vom Ministerium mit der unglücklichen Hand gewährten Sprachenverordnungen, die auch wieder zurückgezogen wurden, etwas lernen. Nach den Erfahrungen, die man seit der Hohenwartschen Episode inzwischen mit dem Dualismus gemacht hat, ist an eine Sonderstellung des Königreichs Böhmen oder gar des Reichs der Wenzelskrone nicht mehr zu denken. Der Berufung auf alte Staatschriften und Verträge steht die unumstößliche Wahrheit gegenüber, daß vieles im privaten wie im politischen Leben zu Recht bestand, was nicht mehr besteht, ohne daß es durch die Gesetzgebung ausdrücklich aufgehoben worden ist, und daß überhaupt 275 Jahre, während deren eine Staatsform nicht mehr ausgeübt wurde, ein hinreichender Grund sind, sie als überlebt zu betrachten, um so mehr als sie in den Rahmen der Gegenwart, in die großstaatliche Entwicklung des neunzehnten und des zwanzigsten Jahrhunderts, nicht mehr paßt. Der Hinweis auf das mit Ungarn eingegangne Verhältnis beweist auch nichts, dieses ist eben eine vollendete Tatsache, zu der man in unklaren Zeiten politischer Verwirrung geschritten ist; man hat aber genug daran.

Nach der Episode Hohenwart trat das deutschliberale Regime wieder in Kraft, für das es kein Segen war, daß die Tschechen dem Reichsrat fern blieben; der Hecht im Karpfenteiche fehlte. Die große nationale Bewegung während des deutsch-französischen Krieges hatte die angenehme Empfindung

hinterlassen, daß man doch eigentlich auch zu den Siegern gehöre; soeben erst hatte Hohenwart verschwinden müssen, außerdem war man im Besitz des großen politischen Arkanaums, der liberalen Verfassung, die nun nach der großen europäischen Wendung erst recht die Völker glücklich machen werde. Aber das wollte gar nicht kommen, und die Entmutigung ergriff zuerst die Führer. Wie sie dazu kamen, zunächst Galizien vollkommen an die Polen auszuliefern, dann das eigne Ministerium zu stürzen und sich schließlich in ohnmächtiger Opposition in immer mehr Gruppen zu zerspalten, ist schon in frühern Artikeln besprochen worden. Bemerkenswert ist nur, daß bei allen diesen nachteiligen Operationen die Deutschböhmern die Leitung hatten, oder ihre Wünsche und Ziele maßgebend waren. Auch fast alle renommierten Oppositionsvorstöße unter dem Ministerium Taaffe und dessen Nachfolgern, bei denen die politische Niederlage mit Sicherheit vorauszusehen war, auch die Obstruktion unter Badeni, gingen von Deutschböhmern aus; heute steht die Zweiteilung Böhmens wieder im Vordergrund der deutschen Forderungen, aber in umgekehrter Front wie auf dem Kremstierer Reichstage. Es sei hier bemerkt, daß diese Zweiteilung an sich gar nicht zu verwerfen ist, daß sie in irgend einer Gestalt doch einmal verwirklicht werden muß, wenn sich in den österreichischen Regierungen, die überhaupt regieren sollen und wollen, eine gewisse Stetigkeit und damit die Erkenntnis gebildet hat, daß in Österreich eine Verwaltungsreform, aber weder der Zentralismus noch der Föderalismus, die bitterste und größte Notwendigkeit ist. Die veraltete Ländereinteilung ist in unsern Tagen eine mittelalterliche Ungeheuerlichkeit, die in allen modernen Staaten längst einer gleichmäßigen Einteilung in Bezirke Platz gemacht hat, sogar Ungarn hat seit langer Zeit seine Komitate. Also die Teilung Böhmens in irgend einer Gestalt, mit natürlicher Berücksichtigung der Nationalitäten, wird kommen, bedenklich ist darum nicht, daß diese Forderung von den Deutschen aufgeworfen wurde, wohl aber sind es die Umstände, unter denen sie entstand.

Wer die gesamte Entwicklung des Deutschösterreichertums, die in den letzten vierzig Jahren fast ausschließlich unter der maßgebenden Führung der Deutschböhmern vor sich ging, mit aufmerksamen Blicken verfolgt, wird fast nur Verluste des Deutschtums feststellen, zum Teil sogar mit der bewußten Absicht — wie bei der Preisgebung Galiziens —, sich ein politisch bequemeres Leben zu verschaffen. Dasselbe Bequemlichkeitsmotiv ist auch für die Zweiteilung Böhmens maßgebend. Die übrigen Deutschösterreicher würden ja wohl auch damit zufrieden sein, wenn dadurch endlich einmal eine Beruhigung in den ewigen deutschböhmischen Querelen erzielt werden könnte, aber sie verhehlen sich nicht, daß ein so einseitiger Vorgang eine beunruhigende Wirkung auf andre Kronländer ausüben und dadurch eine zukünftige verwaltungstechnische Teilung der gesamten Monarchie von vornherein ungünstig und einseitig beeinflussen werde. In den deutschen Alpenländern weiß man sehr wohl, daß das Eindringen des Tschechentums in den deutschen Teil Böhmens vorwiegend nicht auf politischen, sondern auf ökonomischen Ursachen, auf der Zuwanderung der billigern tschechischen Arbeitskräfte beruht. Dagegen würde durch die Errichtung zweier getrennter nationaler Verwaltungsgebiete in Böhmen den deutschen Alpenländern ein auto-

nomes tschechisches Sonderglied vorgelegt werden, das sie von der Masse des deutschen Volkes abschneidet. Außerdem würden die deutschen Alpenländer von da aus Tschechifizierungsversuchen ausgesetzt werden, die eine wirksame Einleitung durch die zweisprachigen Beamten finden würden, die in dem einheitlich deutschen Gebiet Böhmens überflüssig werden und doch meistens in den deutschen Alpenländern Unterkunft finden müßten. Aber man würde ja in Tirol wie in Steiermark, ebenso wie in Niederösterreich und den östlichen Sudetenländern gern die Zweiteilung Böhmens durchsetzen helfen, wenn damit die ewige unfruchtbare Beunruhigung von Deutschböhmen her aufhören würde. Denn seit Herbsts Führung sind alle für Deutschösterreich unglücklich verlaufenen politischen und parlamentarischen Aktionen von den Deutschböhmen ausgegangen; alle die politischen Eintagsmeteore, wie der schon zu Lebzeiten verschollene „grobe“ Knoz, stammten aus Deutschböhmen; als Schönerer in Niederösterreich unmöglich geworden war, fand er ein Mandat in Böhmen, und heute treibt er dort mit seinen Anhängern politischen Spuk und Mandatsfang, spricht den politischen Verrätersluch und den politischen Segensspruch. Bei der vorjährigen Wahl hat er sich nun auch gegen die Zweiteilung Böhmens ausgesprochen, obgleich er und seine Getreuen bis dahin dafür waren. Damit dürfte die Zweiteilung wohl wieder auf einige Zeit aus dem Gesichtskreis entschwinden. Wer aber den Dingen so zusehen muß, dem kommt es vor, als stünde er vor einem Karussell, wo die hölzernen Pferde kommen und wieder vorbeifliegen, und die Sungen, die darauf sitzen, schreien Hurra, denn sie vermeinen, sie säßen auf wirklichen Pferden, und es ginge vorwärts, während sie sich doch bloß im Kreise herumdrehen.

Wir eilen zum Schlusse. Die Dinge in Böhmen werden sich aller Voraussicht nach noch Jahrzehnte hinziehen. Die Tschechen werden in der großen Politik nichts erreichen, dagegen wird ihre politische Kleinarbeit Früchte tragen, weil sie darin namentlich ihren nächsten Gegnern, den Deutschböhmen, überlegen sind. Trotzdem können sie auch auf diesem Wege keine bedeutenden Fortschritte machen, wie wieder die letzte Volkszählung gelehrt hat. Es nützt ihnen nichts, wenn sie behaupten, das Resultat sei gefälscht. Gewiß ist auf beiden Seiten etwas gemogelt worden, warum sollten aber gerade die deutschen Zähler, die doch die geringere Anzahl sind und einen kleinern Bezirk ausmachen, so viel mehr gefälscht haben, als die zahlreichern Tschechen, sodaß noch ein Plus für die Deutschen herauskam? Das glauben auch ernst zu nehmende Tschechen nicht. Die Ursache, die nicht zu ändern ist, liegt ganz wo anders. Böhmen liegt nun einmal sozusagen im Schatten des Deutschen Reichs, von dem es nur durch eine politische Grenze und eine Zolllinie geschieden ist, sonst ist es von mehr als 60 Millionen Deutschen umgeben. Die Tschechen mit ihren 6 Millionen sind in der heutigen Völkerfamilie nur ein Kleinvolk, wenn auch ein politisch begabtes und opferwilliges, das aber nie die Wirkung eines modernen nationalen Staatslebens an sich erfahren hat. Seine nationalen Erinnerungen und Bestrebungen fußen auf überlebten Rechtszuständen in dem alten tschechischen Wenzelsreiche, das schließlich nach längern innern Unruhen an andre Gebiete angeschlossen wurde. Sie haben vermöge ihrer zentralen Lage zweimal in die Entwicklung des Deutschen Reichs einzugreifen vermocht, waren aber zu wenig

zahlreich, selbständig die Entscheidung herbeizuführen. Das zweitemal entgingen sie kaum der Vernichtung. Sie glauben heute, weil sie in Österreich stark genug sind, daheim die uneinigen Deutschen zu quälen und zuweilen den Gang der Staatsmaschine in Unordnung zu bringen, daß sie eine große Nation seien. Das sind sie eben nicht, und für Neugründung kleiner Nationalstaaten ist in Europa kein Raum mehr. Sie sind in Österreich selbst bisher benutzt worden, als Gegengewicht gegen andre zu wirken. Seitdem man in Wien hat beginnen müssen, endlich einmal zu regieren, ist für tschechische Sonderbestrebungen auch in Österreich kein Platz mehr. Sie haben ja selbst die Erfahrung davon machen können, als sie versuchten, an die Einheit der Armee zu tippen. Auch sollten sie nicht vergessen, daß sie ihre heutigen politischen Sprünge bloß machen können, weil der Dreibund besteht. Sobald er aufhört, wird die preußische Fackelhaube ihren Schatten über die böhmische Grenze werfen und sie daran erinnern, daß sie nur eine kleine Nation sind, und daß auch gelegentliche Spritztouren nach Paris und fröhliche Champagnertoaste diesen Umstand nicht beseitigen können.

Die Tschechen haben eine vortreffliche Begabung, aber das reicht zur politischen Selbständigkeit nicht aus, und ein tschechisches Sprach- und Verkehrsgebiet kann es doch bei der heutigen Entwicklung des Weltverkehrs nicht geben. Sie schaden sich nur selbst damit, und sie werden ihre tschechischen Sprachentafeln in Prag trotz alles Terrorismus und einer unglücklichen Gesetzgebung doch nicht aufrecht erhalten können. Der Bogen ist nun genug gespannt, und es wird Zeit, daß sie ihre Lage einsehen. Die Gedanken von der großen Nation müssen sie sich vergehen lassen, denn es kann sehr bald die Zeit kommen, wo sich die Deutschösterreicher auf sich besinnen und eine vernünftige Politik einschlagen. Revolutionäre Bewegungen sind auch nicht mehr möglich, und es wird den Tschechen doch nichts übrig bleiben, als zunächst einen modus vivendi einzugehen und dann sich wieder dem deutschen Kulturkreis anzuschließen, was ja keineswegs das Abschwören der tschechischen Sprache bedeutet. Wie die Sachen in Europa voraussichtlich auf ein Jahrhundert und mehr liegen, ist den Tschechen, die ihre Zeit verstehen, nur zu empfehlen, nach dem Spruch Schillers zu handeln: „Immer strebe zum Ganzen! und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an.“

—v—



Vom alten Struck



ern von Berlin, der Stätte seiner mehr als dreißigjährigen Wirksamkeit, ist in diesem Winter ein Mann gestorben, dessen Name vielleicht den meisten Lesern unbekannt sein wird, weil er niemals in der großen Öffentlichkeit hervorgetreten ist: der Geheime Oberregierungsrat, Generalarzt à la suite Dr. Struck. Er gehörte nicht zu den Übermenschen und wurde auch kaum unter die Zahl der medizinischen Größen gerechnet, weil er als Praktiker niemals Zeit fand, seine Gelehrsamkeit